

Ernährungsarmut – Nebenwirkung sozialpolitischen Strukturwandels?

Das Stiefkind im Verbraucherschutz

Nicht nur für den Staat ist Verbraucherschutz eine Geldfrage. Gesunde Ernährungsgewohnheiten sind teuer und ohne entsprechendes Einkommen ist es mit dem politisch geforderten, verantwortungsvollen Konsum von Privatverbrauchern nicht weit her. Werden staatliche Sozialausgaben weiter gekürzt, könnten ernährungsbedingte Krankheiten in ärmeren Bevölkerungsschichten weiter steigen.

Die Finanzierbarkeit der Sozialsysteme und der Umbau des Sozialstaats bestimmen derzeit die politische Agenda. Die Auswirkungen des sozialpolitischen Umbaus auf den Ernährungs- und Gesundheitsstatus sozial benachteiligter Gruppen werden in ihrer Tragweite kaum öffentlich diskutiert. Auch fehlt es an Studien zu sozialepidemiologischen, sozial- und ernährungswissenschaftlichen als auch medizinischen Aspekten von Ernährungsarmut (1).

Noch vor 15 bis 20 Jahren galt Armut als Problem von älteren Menschen, die für ihren Lebensabend nicht entsprechend vorgesorgt hatten. Heute findet sich Armut vor allem bei den ganz Jungen. Etwa jedes siebte Kind, beziehungsweise jeder siebte Jugendliche, insgesamt 2,24 Millionen, lebte 1998 in einer Familie, die mit weniger als der Hälfte des Durchschnittseinkommens auskommen muss und damit als (einkommens-)arm bezeichnet wird. 1,1 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren stellen die mit Abstand größte Gruppe unter den Sozialhilfeempfängern dar (2). Mehr als die Hälfte von ihnen wächst in einem Haushalt mit einem allein erziehenden Elternteil, überwiegend Mütter, auf.

► Armut und Ernährungsrisiken

Auch wenn systematische Erhebungen zu Ernährungssituation und -präferenzen in armen Haushalten noch ausstehen, deuten vorliegende Verzehrsdaten auf eine weniger gesunde Ernährung ärmerer Bevölkerungsgruppen. Zu hoher Fettverbrauch und zu geringer Verbrauch an Obst und Gemüse sind ausgeprägter als beim Bevölkerungsdurchschnitt, der Fleisch- und Fischverzehr liegt darunter.

Es gibt Schätzungen, dass ernährungsmitbedingte Krankheiten rund 70 Prozent der Ausgaben des öffentlichen Gesundheitswesens verursachen. Die

weit verbreiteten Volkskrankheiten wie Herz-Kreislauf, Krebs, Diabetes, Übergewicht und Karries, von denen sozial benachteiligte und ärmere Bevölkerungsgruppen besonders betroffen sind, sind überwiegend ernährungsbedingt. Versuche diesen Krankheiten durch Gesundheitserziehung und individuelle Ernährungsberatung vorzubeugen sind weitgehend gescheitert. Auch aufwendige Präventionskampagnen haben nicht die erhoffte Wirkung erzielt.

Besorgniserregend ist die Entwicklung der Adipositas (Fettleibigkeit), die eine Vielzahl von Folgeerkrankungen nach sich zieht mit den entsprechenden Folgen für die Sozialsysteme. Den Statistiken zufolge haben je nach Altersklasse zwischen 12 und 18 Prozent der erwachsenen Men-

schen im Westen Deutschlands einen Body-Mass-Index (BMI) von über 30, im Osten sind es mehr als 20 Prozent. Im Vergleich zu Mitte der 80er Jahre hat sich die Zahl der adipösen Menschen fast verdoppelt. Fast jedes vierte Kind hat ein außerhalb der Norm liegendes Gewicht, das auf ein gesundheitlich problematisches Essverhalten hindeutet. Trotz jährlicher Aufwendungen von ca. 17 – 20 Milliarden Euro, circa 7 Prozent der Gesundheitskosten, konnte bis heute keine wirksame Prävention gegen Adipositas etabliert werden.

► Umbau des Sozialsystems

Seit einiger Zeit wird eine kontroverse Debatte über die Neuausrichtung der Krankenkassenbeiträge nach dem Verursacherprinzip, beziehungsweise nach Risikogruppen geführt. Hier steht vor allem die Diskussion einer zusätzlichen finanziellen Belastung der Adipösen mit deutlichem Übergewicht im Vordergrund. Wird dieses Beitragssystem in die Praxis umgesetzt, trifft es in erster Linie sozial benachteiligte und ärmere Bevölkerungsgruppen (3). Beitragserhöhungen stellen eine Verminderung des verfügbaren Einkommens dar und werden Sparmaßnahmen nach sich ziehen. Einsparungen, die fast ausschließlich in den Bereichen Ernährung und Urlaub, soweit Urlaub überhaupt noch möglich ist, realisiert werden. Damit wird sich die Ernährungssituation von einkommensschwachen Personen weiter verschlechtern und das Risiko ernährungsmitbedingter Krankheiten weiter forciert.

Vor diesem Hintergrund müssen die aktuellen Pläne der Bundesregierung zum Umbau des Sozialsystems bewertet werden. Allein die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe und die einhergehenden Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe sollen im Jahr 2003 zu Einsparungen von 2,3 Milliarden Euro führen und im Jahr 2004 auf 5,1 Milliarden Euro steigen. Als Folge werden schätzungsweise 27 Prozent der rund 1,3 Millionen Langzeitarbeitslosen auf Sozialhilfe heruntergestuft. Auch flankierende staatliche Hilfsangebote, die das Gefährdungspotenzial für die sozial benachteiligten Gruppen einigermaßen begrenzen konnten, fallen den Kürzungen der Sozialpolitik zum Opfer oder werden auf ein Minimum reduziert. Von Kürzungen betroffen sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Wohnraumbeschaffung, Unterstützungen wie Kleidergeld, Heizungsbeihilfen etc..

Arme Lebenslagen stellen ein erhöhtes Risiko für Fehlernährung und ernährungsmitbedingte Krankheiten dar. Sozial benachteiligte und arme

Ernährungsarmut

Ernährungsarmut zeichnet sich durch eine materielle und eine soziale Dimension aus. Die materielle Dimension bezeichnet die Einschränkung der Bedarfsdeckung in Bezug auf die Quantität und/oder die physiologische und hygienische Qualität. Die soziale Dimension bezeichnet die Einschränkung in Bezug auf den Aufbau der im sozialen und kulturellen Umgang mit Essen zum Ausdruck kommenden sozialen Beziehungen, die Übernahme von Rollen, Funktionen, Rechten und Verantwortung sowie die Einhaltung von Sitten und Gebräuchen.

Als arm (relative Armut) gilt nach wissenschaftlicher Definition, wer über 50 Prozent des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens oder weniger verfügt. Zu den Betroffenen zählen neben SozialhilfebezieherInnen zunehmend auch Familien und Frauen mit niedrigem Erwerbseinkommen. Besonders Familien, die Erwerbsarbeit und Erziehungsarbeit miteinander vereinbaren, sind nicht immer in der Lage, ihr Leben oberhalb der Armutsgrenze zu bewältigen. Geringere und selbst mittlere Einkommen reichen bei zwei und mehr Kindern vielfach nicht aus, um Familien ein Leben über der Armutsgrenze zu sichern.

Bevölkerungsgruppen sind hinsichtlich Ernährungs- und Gesundheitsstatus besonderen Risiken ausgesetzt und können durch Aufklärung und Verhaltensprävention nur schwer erreicht werden. Es lässt sich zwar konstatieren, dass sich mit abnehmendem Einkommen der Gesundheitszustand verschlechtert, Untersuchungsergebnisse die differenziertere Aussagen über die Auswirkungen von Armut auf Ernährung erlauben fehlen bislang jedoch.

► Resümee

Die sozialen Sicherungssysteme werden sich infolge des demographischen Wandels und der Kostenexplosion zum Nachteil sozial schwacher Bevölkerungsgruppen entwickeln. Die geplanten Maßnahmen des sozialpolitischen Strukturwandels werden die Verarmung und Überschuldung weiter vorantreiben und voraussichtlich zu einer weiteren Verschlechterung des Ernährungs- und Gesundheitsstatus armer Menschen beitragen. Aus dieser Perspektive werden sozialpolitische Forderungen und Bemühungen in Richtung einer Ernährungswende konterkariert.

Ernährungsprobleme und -erkrankungen, wie Karies, Übergewicht, Diabetes, sind in sozial benachteiligten und ärmeren Bevölkerungsgruppen überproportional häufig anzutreffen. Wenn es nicht gelingt, zielgruppenadäquate Kommunikations- und Präventionskonzepte zu entwickeln, werden ernährungsmittbedingte Krankheiten in Zukunft noch deutlicher als „Krankheiten der Armut“ sichtbar, die Sozialsysteme in noch

stärkerem Maße finanziell belastet und die Gesellschaft in zwei „Gesundheitsklassen“ gespalten.

Um den zu befürchtenden Auswirkungen entgegen zu wirken, ist es erforderlich mehr empirisch abgesichertes Wissen über die Ernährung armer Menschen zu erhalten. Ohne eine wesentlich verbesserte Datenlage zur Ernährungsarmut, wird man den zu befürchtenden Entwicklungen kaum gegensteuern können. Die im Aktionsplan Verbraucherschutz vom Mai diesen Jahres angekündigte Nationale Verzehrerhebung könnte dazu genutzt werden. Allerdings müsste über die vorgesehenen Zielgruppen Kinder und Senioren hinaus, endlich auch auf die Risikogruppe der sozial benachteiligten und ärmeren Bevölkerungsgruppen ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

Erst wenn diese Gruppen ausreichend berücksichtigt werden, auch unter der Perspektive, ob sich unterschiedliche Ernährungsstile in Armutssituationen unterscheiden lassen, kann die geplante Nationale Verzehrerhebung als Basis für gesundheits- und verbraucherpolitische Maßnahmen dienen, die darauf zielen gesundheitsförderliche Ernährung stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen. Die Akteure des Verbraucher- und Gesundheitsschutzes sind aufgerufen, dieses gesellschaftliche Problem in die öffentliche Debatte zu bringen und damit eine vorsorgende und proaktive Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des sozialpolitischen Strukturwandels zu initiieren(4).

Anmerkungen

- (1) Nationale Armutskonferenz: Sozialpolitische Bilanz: Armut von Kindern und Jugendlichen, 2001; www.nationale-armutskonferenz.de
- (2) Jugendbericht: Bericht der Bundesregierung über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Berlin, 2002
- (3) Barlösius, E.: Ernährungsziele aus Sicht soziologischer Esskultur; in: AGEV-Tagungsreader Jahrestagung, 2001
- (4) Die Autoren bearbeiten im Forschungsprojekt Ernährungswende (siehe Beitrag Simshäuser in dieser Ausgabe) die Themen gesellschaftliche Ernährungskommunikation und Politikfeld Ernährung. Ziel ist es, Handlungsempfehlungen für eine partizipative Ernährungs- und Risikokommunikation als Grundlage einer Ernährungswende zu geben.

Die AutorInnen

Regine Rehaag und **Frank Waskow** sind Vorstandsmitglieder des KATALYSE Institut für angewandte Umweltforschung.

Kontakt : KATALYSE Institut Köln, Remigiusstraße 21, 50937 Köln, Tel. 0221-944048-0, E-Mail: rehaag@katalyse.de, waskow@katalyse.de

Eva Barlösius ist Heisenbergstipendiatin der Deutschen Forschungsgesellschaft am Wissenschaftszentrum Berlin (wzb).

Kontakt: wzb, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin., Tel. 030 25491-516, E-Mail: barloesius@wz-berlin.de

ökom verlag – Wir publizieren Zukunft

Zukunftssicher anlegen

Ein Ratgeber für Nachhaltigkeits- und Umweltfonds

Das raue Klima an den Börsen hat viele Anleger verunsichert, nachhaltige Anlageformen mit ethischem oder ökologischem »Mehrwert« sind gefragt. Doch wer blickt durch im Dschungel der Umweltfonds und kann glaubwürdige von unseriösen Angeboten trennen? Das Buch erläutert die Besonderheiten verschiedener Anlageformen, porträtiert ausführlich 28 Aktienfonds und 12 Zertifikate und gibt hilfreiche Tipps, worauf Anleger achten sollten. Zahlreiche Tabellen erleichtern den Überblick und ermöglichen einen direkten Vergleich der einzelnen Angebote und ihren Renditeerwartungen.

Jörg Weber ist Jurist und Chefredakteur der ECOreporter.de AG (www.ecoreporter.de). Für seine Veröffentlichungen wurde er mehrfach ausgezeichnet, u. a. mit dem „Deutschen Umweltpreis für Publizistik“.

Jörg Weber, ökom Verlag, München 2001, 179 Seiten, ISBN 3-928244-76-0
Preis 15,- € (zzgl. Versandkosten)



Erhältlich bei CONSODATA ONE-TO-ONE,

Semmelweisstraße 8, D-82152 Planegg

Fon ++49/(0)89/8 57 09-155, Fax -131, E-Mail kontakt@oekom.de

www.oekom.de